

Mobilität | Infrastruktur

Infrastruktur für die Wirtschaft in Oberbayern 2023

vbw

Position
Stand: September 2023

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Gute Standortbedingungen für die Wirtschaft in Oberbayern

Oberbayerische Unternehmen sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Wichtige Voraussetzungen dafür liefert eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Mitarbeiter.

Wir brauchen hochleistungsfähige digitale Netze, eine stabile Energieversorgung und bedarfsgerechte Mobilitätsangebote. Hervorragende Bildungsinstitutionen und innovative Forschungseinrichtungen sind in Zeiten des zunehmenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels so unerlässlich wie flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sowie eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Oberbayern mit der Metropolregion München verfügt auf allen genannten Feldern über wertvolle Stärken, aber die Entwicklung von Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Sie muss immer dem Bedarf, den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jede Gestaltung von Infrastruktur ist in technischer, planerischer, finanzieller und in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Um die Infrastruktur zukunftsfest aufzustellen, muss der Bedarf der Wirtschaft vor Ort berücksichtigt werden. Daraus entwickelt sich eine sinnvolle Gewichtung der Handlungsfelder und Projekte.

Als Beitrag für die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser aktualisiertes Positionspapier konkrete Infrastrukturprojekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der oberbayerischen Unternehmen absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
11. September 2023

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Standort Oberbayern	2
1.1 Wirtschaft und Industrie	2
1.2 Demografische Entwicklung	2
2 Digitale Netze	4
2.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen	4
2.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren	5
3 Energie	7
3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen	8
3.2 Netzausbau vorantreiben	8
3.3 Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln	9
4 Mobilität	10
4.1 ÖPNV – Verbundsystem stärken	10
4.2 Angebot an Wohnraum in der Metropolregion München verbessern	11
4.3 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln	12
4.4 Bahnverkehr ausbauen	13
4.5 Fahrradinfrastruktur weiterentwickeln	14
5 Wissen und Innovation	15
5.1 Wissenschaftsstandort Oberbayern weiterentwickeln	15
5.1.1 Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen	16
5.1.2 Innovationsstruktur und Technologietransfer fördern	16
5.2 Bildungsstandort Oberbayern stärken	17
5.2.1 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen	17
5.2.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen.	17
5.2.3 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen	18

6	Gesundheit	19
6.1	Ärzteversorgung und Apothekennetz flächendeckend erhalten	19
6.2	Apothekennetz in der Fläche erhalten	20
6.3	Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln	21
6.4	Vorsorge und Rehabilitation	21
6.5	Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	21
7	E-Government	23
7.1	Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen	23
7.2	E-Government – regional und kommunal große Unterschiede	24
7.3	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	25
	Anhang	26
	Ansprechpartner/Impressum	28

Position auf einen Blick

Anliegen zur Infrastrukturentwicklung in Oberbayern

Eine bedarfsgerechte und leistungsstarke Infrastruktur ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung für die demografischen Herausforderungen in München und Oberbayern zukunftsfest ausgebaut werden. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umgesetzt werden.

Zentrale Infrastrukturthemen des Regierungsbezirks sind insbesondere die Bereiche digitale Netze, Mobilität und Energie:

- Der Ausbau hoch leistungsfähiger Breitbandnetze muss insbesondere in allen Teilräumen Oberbayerns weiter vorangetrieben werden. Dies gilt für die terrestrischen wie für die mobilen digitalen Netze, insbesondere das 5G-Netz.
- Das Mobilitätsangebot muss bedarfsgerecht entwickelt und für die bestehenden und künftigen Anforderungen ausgestattet werden. Dazu gehört neben der Straßeninfrastruktur insbesondere der ÖPNV. Darüber hinaus gilt es, die Planungen für den Nordzu-
lauf des Brennerbasistunnels von München bis zur Landesgrenze zügig voranzutreiben.
- Die Unternehmen in Oberbayern sind in der aktuellen Situation mehr denn je auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Dazu ist es wichtig, die Erzeugung erneuerbarer Energien auszubauen und den für den Stromtransport unverzichtbaren SuedOstLink zügig zu realisieren.

Das vorliegende Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Herausforderungen auf den einzelnen Infrastrukturfeldern. Die vbw hat zu allen Handlungsfeldern grundlegende Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Oberbayern

Wirtschaftsstruktur, Demografie, Bewertung

1.1 Wirtschaft und Industrie

München und Oberbayern sind seit Jahrzehnten das Kraftzentrum Bayerns. Auch im internationalen Ranking nimmt die Region einen Spitzenplatz ein. Der Regierungsbezirk verfügt über einen zukunftssträchtigen Branchenmix aus Industrie und Dienstleistung, Handel und Verkehr. Der größte bayerische Regierungsbezirk ist ein vielfältiger und starker Wirtschaftsstandort, der geprägt ist von leistungsfähigen Unternehmen der Automobilindustrie, des Maschinenbaus, der Elektronikindustrie, der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Verteidigungsindustrie sowie der Gesundheits- und Ernährungsindustrie. Viele Banken, Versicherungen und Dienstleistungsunternehmen sind hier ansässig. Hervorzuheben ist dabei die gute Mischung aus international erfolgreichen Großunternehmen, zunehmend auch internationalen High Tech Unternehmen, und einer großen Zahl spezialisierter Zulieferer und Dienstleister sowie weiterer innovationsfreudiger Klein- und Mittelbetriebe.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2020 rund 58.756 Euro, es stieg allein zwischen 2010 und 2020 um 42 Prozent. 71,1 Prozent der Bruttowertschöpfung wurden 2020 im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, 28,5 Prozent im produzierenden Gewerbe, davon 23,6 Prozent in der Industrie.

Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2022 bei 3,1 Prozent. Das entspricht exakt dem bayernweiten Durchschnitt.

1.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt Anfang 2023 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041 zeigt für Oberbayern einen positiven Trend: Bis 2041 wird mit einer Bevölkerungszunahme von knapp 364.100 (7,7 Prozent) auf knapp 5,093 Millionen Einwohner gerechnet, was insbesondere dem positiven Wanderungssaldo in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zu verdanken ist.

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern (Abbildung 1). Bis 2041 wächst das Durchschnittsalter in Oberbayern um 1,1 Jahre auf 44,3 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 8,0 Prozentpunkte auf 45,2 Prozent zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher.

¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

Standort Oberbayern

Positiv zu bewerten ist der um 3,0 Prozentpunkte auf 33,7 Prozent steigende Jugendquotient². Er lässt auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schulen schließen.

Abbildung 1

Demografische Entwicklung in Oberbayern 2021 bis 2041

	Bevölkerungs- entwicklung [Prozent]	Entwicklung Altenquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Jugendquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Durchschnitts- alter [Jahre]
Bayern	+5,4	+10,6	+3,0	+1,3
Oberbayern	+7,7	+8,0	+2,2	+1,1
Ingolstadt (S)	+8,2	+6,1	+1,4	+1,2
München, Landeshauptstadt	+7,3	+3,0	+1,3	+0,5
Rosenheim (S)	+4,6	+5,3	+2,5	+0,4
Altötting	+6,3	+11,5	+3,7	+1,2
Berchtesgadener Land	+4,3	+8,6	+1,8	+1,1
Bad Tölz-Wolfratshausen	+9,0	+11,2	+3,0	+1,3
Dachau	+11,5	+11,6	+2,8	+1,6
Ebersberg	+12,1	+10,9	+2,0	+1,6
Eichstätt	+9,7	+11,7	+3,2	+1,7
Erding	+10,2	+14,8	+2,5	+2,3
Freising	+8,6	+11,8	+1,5	+2,1
Fürstenfeldbruck	+5,8	+6,9	+2,0	+0,6
Garmisch-Partenkirchen	+3,7	+10,8	+5,1	+0,5
Landsberg am Lech	+7,7	+15,9	+4,2	+1,8
Miesbach	+6,5	+11,4	+2,8	+1,2
Mühldorf a. Inn	+10,7	+12,1	+3,9	+1,5
München	+6,1	+6,7	+0,9	+0,8
Neuburg-Schrobenhausen	+9,6	+12,9	+2,6	+1,9
Pfaffenhofen/Ilm	+12,3	+11,8	+3,4	+1,7
Rosenheim	+7,9	+14,4	+3,5	+1,8
Sarnberg	+5,3	+10,3	+1,4	+1,1
Traunstein	+5,7	+12,3	+3,5	+1,3
Weilheim-Schongau	+7,5	+12,8	+3,9	+1,3

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

2 Digitale Netze

Flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetzen und 5G-Mobilfunk in den Kommunen konstruktiv begleiten

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele für die digitalen Netze, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Im Jahr 2025 sollte Bayern mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigungen für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen, bei Problemen betreiberfreundlich vorgehen
 2. Fördermöglichkeiten zum Ausbau der Glasfaser- und 5G-Infrastruktur konsequent nutzen
 3. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüsse für Unternehmen achten
 4. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegenzutreten
-

2.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen

Die vbw hat den Ausbaustand des digitalen Festnetzes in Bayern mit einem Update der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* zuletzt für das Jahr 2022 untersucht. Leider war – und ist bis heute – der dazu vom Bund zur Verfügung gestellte Datenstand unzureichend: Der Versorgungsgrad wird aufgrund nicht gemeldeter Daten deutlich unterzeichnet. Generell lässt sich sagen: Die Netze machen sichtlich Fortschritte, Bayern und seine Regionen stehen im Bundesvergleich gut da. Allerdings haben die halbstädtischen ebenso wie die ländlichen Räume gegenüber den Städten nach wie vor deutlich aufzuholen, die Anbindung von Gewerbegebieten liegt spürbar unter der von Haushalten, und bis zu einer flächendeckenden Erschließung mit Glasfaser ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Angesichts der schlechten Datenlage ist eine Darstellung der Versorgungslage auf regionaler Ebene nicht möglich. Allerdings kann trotz großer Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen davon ausgegangen werden, dass die oben zusammengefassten Ergebnisse für jeden Regierungsbezirk Bayerns zutreffen.

Die Ausbaufortschritte der letzten wie auch der nächsten Jahre stützen sich einerseits auf den laufenden marktgetriebenen Ausbau durch die Netzbetreiber, andererseits auf durch die Kommunen abgewickelte Ausbauförderung des Freistaates Bayern und des Bundes. Tabelle 1 zeigt auf, wie stark die Kommunen Oberbayerns dabei auf die bayerische Gigabit-Förderung setzen.

Tabelle 1

Aktivitäten oberbayerischer Kommunen im Gigabit-Förderprogramm

	Im Verfahren, davon →	Bestandsaufnahme	Auswahlverfahren	Zuwendungsbescheid	In Betrieb
01.01.2021	51	50	0	1	0
01.01.2022	199	175	23	1	0
04.08.2002	279	229	41	9	0
17.05.2023	335	261	57	17	0

Quelle: Bayerisches Breitbandzentrum (2022), Datenstand: 17.05.2023;
 22 Kommunen haben Verfahren ausgesetzt, in der Regel da Betreiber eigenwirtschaftlich ausbauen oder da andere Förderinstrumente für die Kommune attraktiver waren.

Die Bundesregierung sieht eine vollständige Erschließung mit Glasfaser in der Fläche für das Jahr 2030 vor. Oberbayern und seine Kommunen sollten darauf abstellen, dieses Ziel schon 2025 zu erreichen und insbesondere Unternehmen schnellstmöglich an das Glasfasernetz anzubinden. Dazu muss kommunales Engagement in der Glasfaserförderung das marktgetragene Geschehen weiter überall dort ergänzen, wo es an Grenzen stößt oder notwendigen Ausbau zu lange nicht darstellen kann.

Die Förderprogramme von Freistaat und Bund und die beratende Unterstützung des bayerischen Breitbandzentrums ermöglichen es den Kommunen, diesen Beitrag mit überschaubarem Aufwand zu erbringen.

2.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren

Die vbw *Studie Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur* (Januar 2023) zeigt, dass die LTE-Empfangsqualität in vielen Teilen Oberbayerns gut ist und auch das Mobilfunknetz der 5. Generation (5G) Fortschritte macht. Nach wie vor gibt es jedoch Regionen mit weißen bzw. grauen Flecken, also unzureichender Mobilfunkversorgung.

Die Bayerische Staatsregierung hat Ende 2018 ein Mastenförderprogramm gestartet, das Kommunen und Netzbetreiber beim Ausbau der Mobilfunknetze vor Ort unterstützt, wenn

Digitale Netze

aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit bisher keine hinreichende Versorgung besteht. Bis zum 06. Mai 2023 haben 91 Gemeinden einen Förderbescheid erhalten. Auf Oberbayern entfallen 17, also knapp 19 Prozent. Dieses Engagement ist ein wichtiger Beitrag zur Schließung von Lücken im Mobilfunknetz und muss rasch vorangetrieben werden.

Das Mastenförderprogramm kann allerdings nur in sehr speziellen Konstellationen zur Anwendung kommen. Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen. Bürgerbedenken, die immer wieder Zubauvorhaben im Wege stehen, sollte über die bayernweite Kampagne *Bayern spricht über 5G* des bayerischen Wirtschaftsministeriums hinaus auch mit zusätzlicher Aufklärung vor Ort begegnet werden.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in jeder Region Bayerns möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Im Jahr 2025 sollten Netzlücken der absolute Ausnahmefall sein und nur noch dort auftreten, wo objektive Gründe einem Ausbau bisher entgegenstanden. Positiv ist insofern auch die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

3 Energie

Sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung schaffen

Die Energiekrise im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges trifft auch Bayern mit voller Wucht. Insbesondere die Preise für Erdgas und Strom sind massiv gestiegen und belasten die Unternehmen. Zusätzlich drohen vorübergehende Engpässe bei der Erdgasversorgung, wenn die Einspar- und Substitutionsbemühungen nicht ausreichend fruchten. Parallel muss die Energiewende am Standort Oberbayern vorangebracht werden.

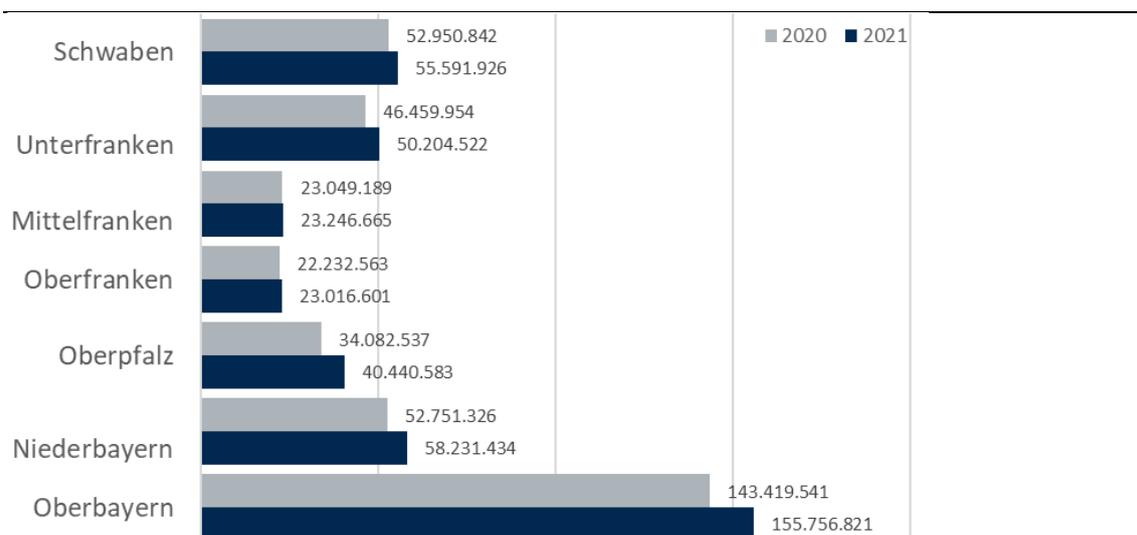
Zentrale Projekte Energieinfrastruktur

1. Absicherung und Stärkung der regionalen Energieversorgung, z. B. durch den Bau eines Fließgewässerkraftwerks an der Salzach (Tittmoninger Becken)
2. Leitungsvorhaben Isar – St. Peter planmäßig fertigstellen
3. Regionale Energieversorgung konsequent ausbauen

Abbildung 2 zeigt den Energieverbrauch in den Regierungsbezirken, der im ersten Jahr der Corona-Pandemie gegenüber 2019 in Bayern um 6,4 Prozent und in Oberbayern um 4,7 Prozent gesunken ist. Oberbayern liegt beim Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe klar auf Platz 1 der Regierungsbezirke.

Abbildung 2

Energieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau in Bayern



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; eigene Darstellung (Angaben in Tausend Gigajoule).

3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in Oberbayern zugenommen – insbesondere bei Biomasse und Photovoltaik. Damit ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch in Oberbayern von 39 Prozent (31. Dezember 2017) auf 41,7 Prozent (31. Dezember 2020) angestiegen. Die Entwicklung bei den einzelnen Energieträgern ist aus der nachfolgenden Tabelle abzulesen.

Tabelle 2

Ausbau der erneuerbaren Energien in Oberbayern

	Anlagen 31.12.2021	Anlagen 31.12.2016	Installierte Leistung 31.12.2021	Installierte Leistung 31.12.2016
Windenergie*	96	85	225 MW	191 MW
Photovoltaik	Dach: 169.777 Frei: 430	126.000	Dach: 2.651 MWp Frei: 750 MWp"	2.370 MWp
Biomasse	938	907	489 MW	365 MW
Wasserkraft	1.029	1.039	1.141 MW	1.107 MW

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt.

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen.

Es gilt, den Ausbau aller genannten Energieträger unter Beachtung der Netzkapazitäten und ökonomischer Aspekte fortzuführen, wobei auch weitere Energieträger, wie z. B. Geothermie und Holz / Hackschnitzel gefördert werden sollten. Zur Absicherung und Stärkung der regionalen Energieversorgung sind folgende Projekte mit Nachdruck zu verfolgen:

- Planungen zum Bau von Wasserkraftwerken an der Salzach, z. B. Tittmoninger Becken
- Prüfung der Wiederinbetriebnahme von stillgelegten kommunalen Wasserkraftanlagen
- Initiierung einer kommunalen Geothermie-Offensive
- Bau weiterer Windkraftanlagen, insbesondere auch in den Staatswäldern
- Begrenzter Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Isar II, solange es zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich ist
- Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden, Liegenschaften und auf den Randstreifen der Verkehrsstrassen

3.2 Netzausbau vorantreiben

Die Netzinfrastruktur ist Schlüsselement und Achillesferse der Energiewende zugleich. Gerade Oberbayern mit seiner starken industriellen Struktur ist auf einen schnellen und

Energie

reibungslosen Bau der Stromautobahnen angewiesen. Nur so kann zukünftig Strom aus anderen Teilen Deutschlands (z. B. den Windparks in der Nord- und Ostsee) und aus dem Ausland nach Bayern transportiert werden. Deshalb muss neben zügigen Fortschritten im Netzzubau die Nutzung des Bestandsnetzes optimiert werden. Die Energiewende findet im Verteilnetz statt. Hier werden sowohl die erneuerbaren Energien-Anlagen als auch neue Stromanwendungen (z. B. Elektromobilität) angeschlossen. Deshalb ist der Ausbau des Verteilnetzes und der Einsatz intelligenter Technologien von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Energiewende. Die nachfolgenden Forderungen stellen wichtige Weichenstellungen zur Umsetzung der Energiewende in Richtung dezentrale Energieerzeugung dar:

- Leitungsvorhaben SuedOstLink plangemäß bis 2028 fertigstellen
- Leitungsvorhaben Isar – St. Peter plangemäß bis 2028 fertigstellen
- Ausbaumaßnahmen bei den Stromverteilnetzen zügig realisieren, um eine unterbrechungsfreie Energieversorgung sicherzustellen und Spannungsschwankungen zu vermeiden
- Netzzubau und Optimierung der Nutzung des Bestandsnetzes z. B. mittels intelligenter (digitaler) Lösungen wie virtuellen Kraftwerken, Smart Grids und Smart Meter zügig vorantreiben
- Autobahnen, Bahntrassen und Wasserwegen für eine (neue) Stromtrassen-Infrastruktur nutzen

3.3 Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln

Der Ausbau von Energiespeicheranlagen ist notwendig, um eine stark schwankende Strombereitstellung durch Wind- und Solarenergie ausgleichen zu können. Dazu eignen sich klassische Pumpspeicherkraftwerke genauso wie innovative Technologien.

Derzeit werden einige innovative Forschungsansätze und -projekte zu neuen Speichertechnologien in Oberbayern verfolgt, wie z. B. Power-to-Gas. Zu nennen ist hier insbesondere das bundesweit laufende „Power-to-X-Projekt“ (P2X), das mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert wird. Ziel ist es, neue Strategien und Speicherlösungen zu entwickeln, um den Strom aus volatilen erneuerbaren Energien flexibel zu nutzen. Notwendig ist auch der Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur (Erzeugung und Transport) für eine regionale grüne Wasserstoffwirtschaft.

Pumpspeicherkraftwerke sind die derzeit einzige ausgereifte, großtechnische Möglichkeit zur Stromspeicherung mit einem Wirkungsgrad von bis zu 80 Prozent. Allerdings finden sich für Pumpspeicherkraftwerke in Bayern nur wenige geeignete Standorte. Speicherprojekte auf der Basis neuer Technologien können künftig eine wichtige Rolle einnehmen. Es gilt, die Technologien weiterzuentwickeln, Pilotanlagen zu errichten und die Möglichkeiten der breiten Nutzung zu verbessern. Auch die stärkere Förderung privater oder kommunaler Energiespeicher ist notwendig.

4 Mobilität

Mobilitätsinfrastruktur integriert und bedarfsgerecht weiterentwickeln

Die regionalen wie die überregionalen Verkehrswege Oberbayerns, von der Straße über die Schiene bis hin zum Luftverkehr, müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Da der Personen- und Güterkraftverkehr in der Metropolregion München tendenziell weiter zunimmt und damit auch die Engpässe auf Straße und Schiene, sind der bedarfsgerechte Ausbau und eine bessere Vernetzung dringend erforderlich.

Zentrale Projekte der Mobilitätsinfrastruktur

1. Hochwertiges, am Bedarf der Kunden ausgerichtetes, preisgünstiges ÖPNV-Angebot in allen Teilen Oberbayerns schaffen
 2. Sechs- bzw. achtstreifiger Ausbau der A8 bis zur Bundesgrenze D/A realisieren
 3. Sechs- bzw. achtstreifiger Ausbau der A92 zwischen Feldmoching und Flughafen München realisieren
 4. Bahnstrecke München – Rosenheim – Kiefersfelden – Grenze Österreich (mit Sicherstellung des Zulaufs zum Brennerbasistunnel) ausbauen
 5. Angebot an bezahlbarem Wohnraum gezielt verbessern
-

4.1 ÖPNV – Verbundsystem stärken

Für eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen ist ein leistungsfähiger und flächendeckend koordinierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum außerordentlich wichtig. Dieses Ziel steht für nachhaltige Mobilität außerordentlich vieler Menschen, insbesondere aber von Arbeitnehmern, Schülern und Senioren.

Entsprechende Mobilitätsangebote sind umso wichtiger, als sich knapper und erschwinglicher Wohnraum mehr und mehr als Hindernis für die Entwicklung der Region darstellt und gleichermaßen zum Problem für die Menschen und die Unternehmen wird. Diese Herausforderung betrifft insbesondere die wirtschaftlichen Zentren München und Ingolstadt. Sie gilt aber letztlich für die gesamte Metropolregion München und die sie umgebenden Landkreise in einem weiten Umkreis, die von einer guten Anbindung an den ÖPNV abhängig sind. Betroffen sind auch die überwiegend touristisch geprägten Gebiete (Alpenlandkreise) mit einem hohen Anteil an als Feriendomizil genutzten Wohneinheiten.

Gerade in den ländlich geprägten Regionen Oberbayerns hat die Forderung nach einem verstärkten Engagement der Kommunen für einen flächendeckenden ÖPNV Gewicht. Zur

Anbindung der Regionen außerhalb Münchens und zur Weiterentwicklung des oberbayerischen ÖPNV-Angebots sind folgende Projekte voranzutreiben:

- hochwertiges, an den Bedarfen der Kunden ausgerichtetes und preisgünstiges ÖPNV-Angebot in allen Teilen Oberbayerns
- ÖPNV auch in den ländlichen Räumen Oberbayerns zu einem umfassenden Verbundsystem weiterentwickeln, das gute Verbindungen innerhalb der Regionen und in die Ballungszentren anbietet (Bsp. „Alpenbus“ Rosenheim – Murnau als Ost-West-Verbindung im Oberland)
- Regionalverkehr besser an die Fernverkehrsverbindungen anbinden
- Zweite S-Bahn-Stammstrecke München fertig bauen
- Verlängerung der S7 von Wolfratshausen bis Geretsried-Süd
- S-Bahn-Nordring (Karlsfeld – Euro-Industriepark) als ersten Abschnitt eines möglichen Ringschlusses realisieren
- Einführung einer Regional-S-Bahn S21X zwischen Freising und Landshut zur schnelleren und umsteigefreien Anbindung der Region an die Münchner Innenstadt
- Planung und Bau Wendegleis Weßling
- Planung und Bau Überwerfungsbauwerk Flughafen West
- 1. Bauabschnitt des Erdinger Ringschlusses zwischen Flughafen und Schwaigerloh
- Ausbau des Münchener Straßenbahnnetzes
- Sanierung und Ausbau des Münchener U-Bahnnetzes, z. B. U4, U5, U6 und U9
- Taktung erhöhen und Kapazität des ÖPNV in München (und Umland) ausbauen

4.2 Angebot an Wohnraum in der Metropolregion München verbessern

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des ÖPNV sollte vermieden werden, dass zusätzlicher Mobilitätsbedarf allein dadurch ausgelöst wird, dass ein bestehender Wohnraumbedarf nicht gedeckt werden kann. So zeigt sich insbesondere im Großraum München, dass das Angebot an Wohnraum nicht ausreichend ist, wenn man als Kriterium den in § 201a Bau-gesetzbuch definierten „angespannter Wohnungsmarkt“ zugrunde legt.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum in den betroffenen Städten zu verbessern. Der Bayerische Ministerrat hat im September 2022 die Gebietsbestimmungsverordnung Bau beschlossen. Damit soll die Schaffung von Wohnungen durch Nachverdichtung und Aufstockung von Wohngebäuden erleichtert werden, ohne dass vorher der Bebauungsplan geändert werden muss. Darüber hinaus ist der Ausweis zusätzlicher Baugebiete erforderlich. Zur Verbesserung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum in der Metropolregion München sind insbesondere umzusetzen:

- Förderung von Wohnbau-Genossenschaften und kommunalen Wohnprojekten
- Förderung von Betriebswohnungen
- Erleichterungen bei der Umwidmung landwirtschaftlicher Betriebsimmobilien in Wohnraum
- Grundsteuererlass für zehn Jahre bei Wohnungsneubau
- Ausweitung der Zahl an Wohnheimplätzen für Studenten und Berufsschüler an den jeweiligen Standorten

4.3 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln

Tabelle 3 zeigt wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder Bau.

Tabelle 3
 Straßenverkehrsprojekte in Planung oder Bau

Straße	Projekt	EP	BRGV	B
A8	8-streifiger Ausbau Leitzachbrücke – Dettendorf (Irschenberg)	A Q2 2021		
	6-streifiger Ausbau AS Rosenheim – Achenmühle		S Q2 2014	
	6-streifiger Ausbau Achenmühle – Bernauer Berg		S Q3 2014	
	6-streifiger Ausbau Bernauer Berg – AS Felden	S Q3 2011		
	6-streifiger Ausbau AS Grabenstätt – Reichhausen	A Q3 2013		
	6-streifiger Ausbau Reichhausen und Vogling	S Q1 2009		
	6-streifiger Ausbau zw. Vogling und AS Neukirchen	S Q2 2008		
A92	8-streifiger Ausbau AK Neufahrn – AD Flughafen M.			
	6-streifiger Ausbau AD Feldmoching bis AK Neufahrn			S 2022
A94	6-streifiger Ausbau AS M.-Steinhausen – AS Feldkirchen-West			
	6-streifiger Ausbau AK München-Ost – AS Markt Schwaben (FTO)		S 2023	
	4-streifiger Neubau AS Burghausen – Simbach a. Inn-West (2.FB)		S 2023	
A96	6-streifiger Ausbau AS Wörthsee – AS Oberpaffenhofen	S 2023		
A99	8-streifiger Ausbau AS Haar – AS Ottobrunn			
	8-streifiger Ausbau AS Kirchheim – AS Haar	S 2020		
	8-streifiger Ausbau AS Aschh./Isman. – AS Kirchheim			S 2020
	6-streifiger Ausbau AD M.-S/W – AK München-W., BA I AD M.-S/W – Tunnel Aubing	S 2022		
B2	Tunnel Starnberg			S Q3 2017
	OU Garmisch-Partenkirchen (mit Wank-Tunnel)	S Q4 2018		
B2n	4-streifiger Neubau zw. Eschenlohe und Oberau-Nord			S Q3 2021
B11	Verlegung w Geretsried	S Q2 2017		
B15	Westtangente Rosenheim			S Q2 2012
B20	OU Burghausen	S Q4 2011		
	OU Laufen		A Q4 2020	
B23	W-OU Garmisch-Partenkirchen (mit Kramer-Tunnel)			S Q1 2010
B299	OU Trostberg	A Q3 2018		
	OU Tacherting	S Q3 2019		
	OU Garching a.d.Alz	S Q3 2021		
B300	OU Weichenried			S Q4 2020
B301	Ausb. A92 – Marzling	S Q2 2016		
B304	OU Altenmarkt BA 2	A Q4 2018		
	OU Nunhausen - Matzing		S Q3 2020	
B388	OU Taufkirchen (Vils)		A Q2 2022	
B472	Nordumfahrung Bad Tölz			S Q3 2021

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

Q1 – Q4 = Quartale; A = abgeschlossen; S = gestartet. EP = Entwurfsplanung; BRGV = Baurechtl. Genehmigungsverfahren; B = Bau.

Weitere Straßenverkehrsprojekte – darunter einige Ortsumgehungen (OU) – sind dringend anzugehen, die teilweise bereits im Bundesverkehrswegeplan 2030 unter „vordringlicher Bedarf / Engpassbeseitigung“ stehen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Weitere notwendige Straßenverkehrsprojekte für Oberbayern

Straße	Projekt
A8	8-streifiger Ausbau AS Holzkirchen – AD Inntal (BVWP/E) 6-streifiger Ausbau AD Inntal – AS Traunstein/Siegsdorf (BVWP/E) - Teilstrecken begonnen 6-streifiger Ausbau AS Felden – AS Grabenstätt
A9	6-streifiger Ausbau AS München-Frankfurter Ring – AS M.-Schwabing (BVWP/E)
A92	8-streifiger Ausbau AK Neufahrn – AD Flughafen M. (BVWP/E)
A99	8-streifiger Ausbau AD München-Allach – AD M.-Feldmoching
B2	OU Altheggenberg, OU Hattenhofen, OU Mammendorf, OU Murnau, OU Weilheim (alle BVWP)
B13	OU Hohenkammer, OU Fahrenzhaue, OU Pfaffenhofen a.d. Ilm, OU Unsernherrn (alle BVWP) A92 AS Unterschl. – St2339 Maisteig, L2214 (Gabel) – Friedrichshofen (BVWP/V) OU Holzkirchen (mit Anschluss B 318) (BVWP/V)
B16	Ausbau L 2043 – B 13, Neuburg – L 2043 (alle BVWP/V)
B20	OU Hammerau (BVWP/V)
B21	OU Bad Reichenhall (mit Kirchholztunnel) (BVWP/V)
B23	OU Oberau (BVWP/V)
B301	OU Rudelzhausen/Puttenhausen, Ausbau Flughafen München – A 92 (alle BVWP/V)
B318	W-OU Gmund, A8 (AS Holzkirchen) – B13(OU Holzkirchen) (alle BVWP/V)
B388	OU Erding, OU Moosinning, OU Grünbach, Ismaning – Taufkirchen (alle BVWP/V) B471 (Ismaning) - B301 (Fischerhäuser) (BVWP)
B471	Esting – Geiselbullach, Fürstenfeldbruck Ost – Esting, Dachau – A 92 (BVWP/E) B 13 – Garching-Hochbrück, t2350 – östl Ismaning (alle BVWP/V), B11 – Ismaning (BVWP/E)
B472	OU Waakirchen (BVWP/V)

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

BVWP/V = Bundesverkehrswegeplan vordringlicher Bedarf, BVWP/E = Bundesverkehrswegeplan vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung.

Immer wichtiger wird eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sowie der Aufbau von Wasserstofftankstellen, deren Ausbau jeweils voranzutreiben ist.

4.4 Bahnverkehr ausbauen

Eine gute Schieneninfrastruktur ist für die Unternehmen und Mitarbeiter von großer Bedeutung. Die nachfolgenden Projekte befindet sich in unterschiedlichen Realisierungsphasen und müssen zügig vorangetrieben werden:

- Erdinger Ringschluss
- Viergleisiger Ausbau Daglfing – Johanneskirchen (Vorplanung läuft)
- Fernverkehrsanschluss Flughafen München

Notwendig ist die zeitnahe Umsetzung der folgenden im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Projekte:

- ABS 38: München – Mühldorf – Freilassing
Der Ausbau der Strecke muss mit zwei Gleisen und Elektrifizierung erfolgen. Wichtig ist außerdem der Bau der Truderinger und Daglfinger Kurve als Güterzugverbindung der Strecken München – Mühldorf und München – Rosenheim.
- ABS/NBS München – Rosenheim – Kiefersfelden – Grenze D/A („Brenner-Nordzulauf“)
Es ist sicherzustellen, dass der Zulauf zum Brennerbasistunnel ermöglicht wird.

Es gilt, diese schon lange geforderten Projekte zügig zu realisieren, um die Leistungsfähigkeit des Bahnknotens München und die Anbindung der Region zu verbessern.

Insgesamt gilt es, den geplanten Deutschlandtakt zu realisieren und die dafür notwendigen planerischen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

4.5 Fahrradinfrastruktur weiterentwickeln

Mobilität per Fahrrad, E-Bike und Pedelec erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Um diese umweltschonende Form der Mobilität zu fördern, gleichzeitig aber den motorisierten Individualverkehr nicht aus den Städten zu verdrängen, bedarf es eines intelligenten Miteinanders der Verkehrsträger. Bei Aus- bzw. Neubau der Radwege-Infrastruktur müssen innerstädtische Verbindungen als Schnellwege ebenso ins Visier genommen werden wie regionale Direktverbindungen.

5 Wissen und Innovation

Wissensinfrastruktur ausbauen, Bildungsinfrastruktur stärken

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu einem zentralen Anliegen der Arbeitsmarktpolitik geworden. Notwendig sind ausreichende und hochwertige Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern, um für Angehörige den Zugang zum Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

Die oberbayerische Wirtschaft benötigt qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Ergebnissen der Forschung. Die Unternehmen stehen aber teilweise nicht in regelmäßigem Kontakt zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für sie ist ein direkter und unbürokratischer Zugang zu den Hochschulen vor Ort und auch zu überregionalen Einrichtungen, also den Forschungskapazitäten an anderen bayerischen Standorten, wichtig, um innovative Ideen zu entwickeln und zu realisieren.

Zentrale Anliegen

1. Wissenschaftliche Weiterbildung an Universitäten und Hochschulen stärken
 2. Technologietransfer beschleunigen
 3. Start-ups stärker fördern
 4. Wohnortnahes Angebot an allgemeinbildenden Schulen in der Fläche erhalten und Schulangebote in Ballungszentren bedarfsgerecht ausbauen
 5. Bedarfsgerechte Anbindung der Schulstandorte an den ÖPNV sicherstellen
 6. Duale Ausbildung weiter fördern
-

5.1 Wissenschaftsstandort Oberbayern weiterentwickeln

Der Regierungsbezirk Oberbayern verfügt über breite und vielfältige regionale Forschungsangebote. Der Großraum München ist der wichtigste Forschungsstandort Bayerns. Die F+E Intensität im Regierungsbezirk Oberbayern ist sehr hoch. Auch bei der Cluster-Offensive zur Unterstützung von Technologie und Innovation in Bayern nimmt der Regierungsbezirk eine Führungsposition ein. Hier zeigen sich die Agglomerationsvorteile der Metropolregion München.

Die oberbayerische Wirtschaft, insbesondere die vielen kleinen und mittleren technologieorientierten Unternehmen, benötigen qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Ergebnissen der Forschung. Für sie ist ein direkter und unbürokratischer Zugang zu den Hochschulen vor Ort und auch zu überregionalen Einrichtungen, also den Forschungskapazitäten an anderen bayerischen Standorten, wichtig, um innovative Ideen zu entwickeln und zu realisieren.

5.1.1 Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

Hochschulen leisten einen elementaren Beitrag, wenn es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu erhalten: die Unternehmen im Freistaat brauchen hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventen. Grundlage ist ein Hochschulsystem, das die Exzellenz der Ausbildung sichert, die Qualität und Vielfalt des Studiums garantiert und international wettbewerbsfähig ist. Damit Wirtschaft und Wissenschaft innovationsfähig bleiben, ist es notwendig, dass Unternehmen und Hochschulen Wissen eng vernetzen. Es gilt darüber hinaus:

- Duale und berufsbegleitende Studienangebote (Schwerpunkt: MINT-Fächer) ausbauen
- Studierende auf den Arbeitsmarkt vorbereiten (Praxisphasen in den Studiengängen, Ausbau der akademischen Weiterbildung und Förderung des Unternehmergeistes)
- Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft ausbauen, z. B. durch Personalaustausch
- Aus- und Weiterbildung der Lehrenden im Hinblick auf die digitale Transformation weiterentwickeln
- Profilierung und Regionalisierung von Hochschulangeboten vorantreiben; Bsp.: Technische Hochschule Rosenheim mit den Standorten Rosenheim, Burghausen (Schwerpunkt: Chemische Technologie und Wirtschaft), Chiemgau (Schwerpunkt: Digitalisierung) und Mühldorf am Inn (Schwerpunkt im sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Bereich).
- Praxissemester obligatorisch in den Studienplan für Master-Studiengänge aufnehmen

5.1.2 Innovationsstruktur und Technologietransfer fördern

Viele Unternehmen benötigen einen direkten Zugang zu Forschungsergebnissen. Aus diesem Grund muss der Technologietransfer intensiviert werden. Um Forschungsergebnisse stärker in der Breite – vor allem auch im unternehmerischen Mittelstand – nutzen zu können, muss der Wissenstransfer unter anderem durch eine zielgruppengerechte Aufbereitung verbessert werden.

Angesichts der hohen Wettbewerbs- und Innovationsintensität ist es wichtig, die Forschungsinfrastrukturen weiter auszubauen. Der Freistaat leistet bei Auf- und Ausbau von Technologietransferzentren wichtige Arbeit. Zu den bestehenden Technologietransferzentren sind in Oberbayern weitere geplant, die es rasch zu errichten gilt.

Zu den wesentlichen Aufgaben gehören:

- Stärkere Vernetzung des Mittelstands mit der bayernweiten Forschungslandschaft
- Schaffung einer Anlaufstelle für Unternehmer mit Information und Kontaktvermittlung bzgl. Forschungsaktivitäten und -möglichkeiten
- Verstärktes Angebot der Hochschulen für angewandte Wissenschaften zur innerbetrieblichen Weiterbildung

5.2 Bildungsstandort Oberbayern stärken

5.2.1 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung der Erwerbstätigkeit der Angehörigen zu sichern. Es bedarf hier eigener Angebote von Freistaat und Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen
- Beseitigung von Betreuungsengpässen in folgenden Zeiträumen, orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern:
 - Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie)
 - Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten)
 - Schließtage in Kinderkrippen und Kindertagesstätten

5.2.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen

Allgemein muss das deutsche und bayerische Bildungssystem von der Vorschule und Schule über die berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung und Hochschule ständig fortentwickelt, die Bildungsqualität weiter verbessert und die Bildungsbeteiligung erhöht werden. Gerade im ländlichen Raum Oberbayerns geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten, ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulk Kooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, begegnet werden kann. Ziel muss es bleiben, wohnortnahe Schulangebote in der Fläche zu erhalten.

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technikoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digitalen Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich Kompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens-

und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein. Darüber hinaus gilt es folgende Aspekte zu beachten:

- Schulstrukturen an sinkende bzw. steigende Schülerzahlen durch Um- bzw. Ausbau, pädagogische Maßnahmen und Bildungsinitiativen anpassen
- Ausbau des ÖPNV zum Anschluss der Schulstandorte bedarfsgerecht sicherstellen
- Berufsschulstandorte und ihre Angebote vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung (z. B. durch Schaffung regionaler Kompetenzzentren) anpassen; ein Beispiel ist der 2021 abgeschlossene Neubau der Staatlichen Berufsschule Weilheim i. OB.
- Kooperation der beiden Lernorte Berufsschule und Betrieb (z. B. durch die Einrichtung Runder Tische, die Stärkung der Rolle der Berufsschulbeiräte oder die Schaffung eines integrierten Berufsschulplans) stärken
- duale Ausbildung weiter fördern
- Entlastung der Ausbildungsbetriebe von Prüfungsgebühren

5.2.3 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der oberbayerischen Wirtschaft ist es zudem unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung ist deutlich auszubauen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben. Vorbildcharakter hat der Campus Chiemgau, ein Standort der Technischen Hochschule Rosenheim unter der Trägerschaft des Landkreises Traunstein. Er bietet verschiedene berufs- und ausbildungsbegleitende Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Seminare mit dem Themenschwerpunkt Digitalisierung.

Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen
- Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen ausbauen
- Duale Studiengänge ausbauen

6 Gesundheit

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Die Gesundheitswirtschaft in Oberbayern ist hervorragend aufgestellt, leistungsfähig und ein wichtiger Arbeitgeber für die Region. Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels ist eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung sicherzustellen.

Zentrale Projekte der Gesundheitsinfrastruktur in Oberbayern

1. Krankenhausversorgung: zielgerichtete und bedarfsgerechte Entwicklung der Kapazitäten, sinnvolle Ergänzung medizinischer Angebote und nachhaltige Absicherung wohnortnahe Versorgung
 2. Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken
 3. Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen
 4. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen
-

6.1 Ärzteversorgung und Apothekennetz flächendeckend erhalten

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur. In Tabelle 5 ist für ausgewählte Ärzteguppen dargestellt, in welchen Regionen ein niedriger Versorgungsgrad (kleiner oder gleich 90 Prozent) vorliegt und somit Handlungsbedarf besteht. Die Tabelle bildet die demografische Situation in den Ärzteguppen ab, die sich – bis auf die Augenärzte – insgesamt im Bereich des bayernweiten Durchschnitts bewegt. Es ist davon auszugehen, dass im nächsten Jahrzehnt eine große Anzahl von Ärzten aus Altersgründen nicht mehr praktizieren wird. Hier ist dafür zu sorgen, dass die aktuell insgesamt noch akzeptable Versorgung erhalten werden kann.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung je Arztgruppe ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern benötigten Anzahl.

Tabelle 5

Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung

	Durchschnitts- alter	Ärzte über 60	Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*
Hausärzte	55,3 Jahre [55,2 Jahre]	34,5 Prozent [35,7 Prozent]	Eichstätt (85,5 Prozent) Erding Nord (87,7 Prozent) Ingolstadt Süd (84,6 Prozent) Moosburg an der Isar (76,9 Prozent) Mühldorf am Inn (80,4 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	53,0 Jahre [52,6 Jahre]	23,2 Prozent [26,1 Prozent]	
HNO-Ärzte	53,3 Jahre [53,4 Jahre]	30,6 Prozent [33,6 Prozent]	LK Eichstätt (78,8 Prozent)
Augenärzte	52,1 Jahre [53,0 Jahre]	30,0 Prozent [33,0 Prozent]	

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanten (Stand: Januar 2023).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteiligere Versorgungsgebiete.

Der Bedarf an ärztlicher Versorgung vor Ort ist wie folgt sicherzustellen:

- Anreizsysteme zum Erhalt von Arztpraxen im ländlichen Raum schaffen
- gemeinsame Arztpraxen sowie kommunale und private Ärztehäuser als Gemeinschaftseinrichtungen unterstützen
- Weiterbildungskonzepte für Allgemeinmediziner entwickeln, um jungen Hausärzten nach der Familienpause Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen
- Digitalisierung der Angebots- und Abrechnungsvorgänge

6.2 Apothekennetz in der Fläche erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung mit Apotheken gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es 21,4 Apotheken in Oberbayern. Das liegt unter dem bayernweiten Durchschnitt von 22,3 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet i. d. R. akzeptable Anfahrtswege. Gerade in ländlich geprägten und vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen gilt es, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten. Die Zahl der Apotheken ist in Oberbayern, wie im gesamten Freistaat, leicht rückläufig. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl niedergelassener Ärzte. Hier muss die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken, insbesondere für ältere Menschen

6.3 Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren insbesondere im geriatrischen Bereich mit einer Zunahme stationärer Behandlungsfälle zu rechnen. Der Abbau von Überkapazitäten – gegebenenfalls auch durch Schließungen einzelner Krankenhäuser – wird sich aber nicht vermeiden lassen. Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- Zielgerichtete und bedarfsgerechte Entwicklung der Kapazitäten
- Sinnvolle Ergänzung medizinischer Angebote und nachhaltige Absicherung wohnortnaher Krankenhausversorgung
- Kostensoptimierung durch gemeinsame Dienstleistungen
- Attraktivität der Krankenhäuser als Arbeitgeber durch koordinierte Rotationsprogramme und Weiterbildungscurricula für Ärzte und Pflegepersonal steigern
- Engere Vernetzung und Kooperation der Krankenhäuser mit den Trägern der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Ärzte und Fachkräfte im Gesundheitswesen und mit Hochschulen, Berufsfachschulen und Ausbildungsbetrieben im Gesundheitssektor
- Digitalisierung der Angebots- und Abrechnungsvorgänge

6.4 Vorsorge und Rehabilitation

Angesichts der demografischen Entwicklung wird die Bedeutung von Vorsorge und Rehabilitation für Oberbayern noch zunehmen und der Bedarf steigen. Deswegen gilt es insbesondere, das Angebot an Einrichtungen zur Vorsorge und Rehabilitation rechtzeitig und flächendeckend sowie bedarfsgerecht auszubauen.

6.5 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der in Oberbayern bis 2040 mit 27 Prozent stark zunehmende Altersquotient (Kapitel 1.2) wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich steigen lassen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs
- Förderung des Wohnungsbaus für Pflegemitarbeiter
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen

Gesundheit

- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege

7 E-Government

E-Government-Leistungen in die Fläche tragen

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Government-Lösungen umgehend einsetzen
 2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
 3. Register für automatisierten Zugang öffnen
 4. Für Unternehmen wichtige Verfahren bei der Digitalisierung priorisieren
-

7.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden, die Serviceorientierung der Verwaltung muss ausgebaut werden. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechteverwaltung mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung Postfach ↔ interne IT-Systeme
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder unlogischen Anforderungen

Lösungen für Unternehmen priorisieren

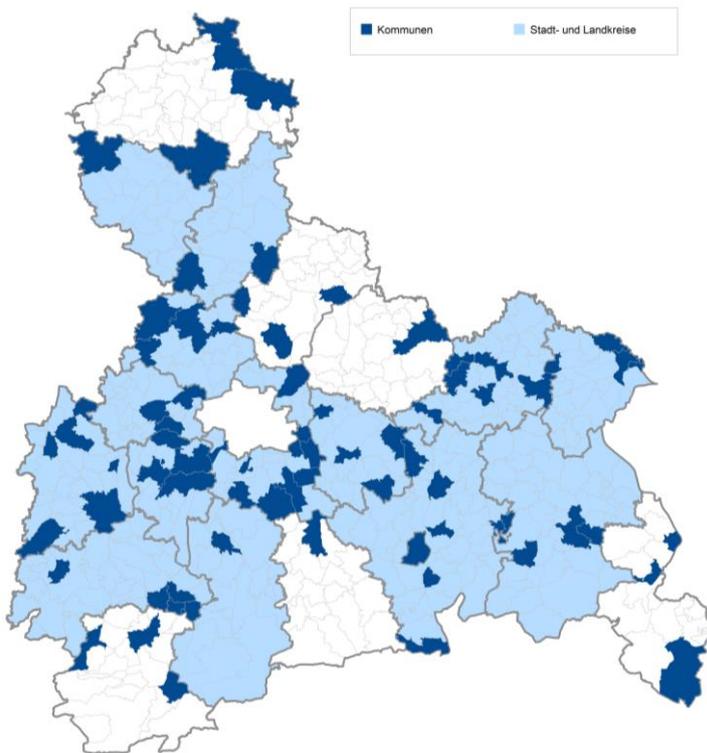
Es geht dabei um weit mehr als nur die medienbruchfreie digitale Umsetzung bestehender Verwaltungsverfahren. Verantwortliche in Behörden und Unternehmen müssen durch deutlich weitergehende Schritte Zeit für nicht automatisierbare Tätigkeiten gewinnen. Im Zuge des Umstiegs auf digitale Verfahren gilt es zudem, rechtliche Vorgaben und die Verfahren selbst einfacher zu gestalten.

7.2 E-Government – regional und kommunal große Unterschiede

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Government-Angebote müssen Bund und Länder verantworten. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Postfach, und um digitale Authentifizierungstools. Die regionale und kommunale Ebene ist vor allem als Anwender gefragt. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigt Abbildung 3 auch große Unterschiede auf, die deutlich machen: Es ginge schon mehr, man muss es allerdings auch umsetzen.

Abbildung 3

Digitale Ämter – Kommunen, Stadt- und Landkreise in Oberbayern



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben aus dem Bayern-Portal.

Abbildung 3 zeigt die Kommunen, Stadt- und Landkreise in Oberbayern, denen der Freistaat Bayern bereits die Auszeichnung „Digitales Amt“ verliehen hat. Sie alle haben bereits mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt. In Oberbayern besteht noch in vielen Kommunen und einigen Landkreisen Nachholbedarf.

Dieser Weg muss weiter gegangen werden, bis jede Leistung, die sich digital anbieten lässt, auch überall entsprechend angeboten wird.

7.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

Erstens gilt es, schon einführbare Lösungen für E-Government flächendeckend einzusetzen und neue Lösungen dann, wenn sie verfügbar sind, umgehend einzuführen. Beispiele dafür sind

- als verfügbare Lösungen die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der gerade eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid
- als hoffentlich bald verfügbare Lösungen ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschung im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtung im öffentlichen Raum

Zweitens gilt es, in allen kommunalen Gebietskörperschaften auch das eigene Ortsrecht auf Digitalisierbarkeit zu überprüfen, ggf. daraufhin anzupassen und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umzusetzen.

Drittens sollten auch kommunale Register für automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate / Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.

Viertens gilt es auch auf kommunaler Ebene, vorrangig Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt.

Anhang

Energie

- vbw Position *Energiepolitik in Deutschland*, April 2023
- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, November 2022
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Mai 2023
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, April 2023
- Studie *Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie*, Juni 2022 (Update Juni 2023)
- Studie *Strompreisprognose*, Juli 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz*, September bis Juli 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz – Auswirkungen auf die Industrie*, November 2022
- Studie *11. Monitoring der Energiewende*, Januar 2023
- Studie *Bayernplan Energie 2040*, April 2023 (VBEW in Kooperation mit der vbw)
- Studien-Reihe *Bayernplan Energie 2040: Ergebnisse für die Regierungsbezirke*

Klima

- vbw Position *Klimapolitik*, Mai 2023
- Studie *Mehrinvestitionen für Klimaschutz in Bayern*, August 2022
- Studie *Klimapolitik nach Sharm El Sheikh*, Dezember 2022
- Studie *Klima 2030. Nachhaltige Innovationen*, Dezember 2020

Mobilität und Wohnen

- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen – leistungsfähig, intermodal, digital*, Juli 2020
- vbw Position *Luftverkehr – fit für die Zukunft*, Mai 2022
- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Januar 2023
- vbw Position *Wohnraum in Bayern schaffen*, Juli 2023
- Studie *Klimafreundlicher Brennertransit* im Rahmen des vom Bayerischen Staatsministerium für Bauen und Verkehr geförderten Projekts „Klimafreundlicher Brennertransit“, April 2023

Bildung und Innovation

- vbw Position *Vorschule und Schule*, Dezember 2022
- vbw Position *Hochschulen*, Dezember 2022
- vbw Position *Berufliche Bildung*, Oktober 2022
- vbw Position *Betriebliche Weiterbildung*, Oktober 2022
- Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft *TechCheck 2019. Technologien für den Menschen, Handlungsempfehlungen*, Juli 2019

Digitale Netze und E-Government

- vbw Position *Digitale Netze*, Januar 2023
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, Januar 2023

Anhang

- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, Januar 2023
- Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018
- Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft: *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen – Analyse und Handlungsempfehlungen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Marc Hilgenfeld

Geschäftsführer

Bezirksgruppe München-Oberbayern

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 09561 551 78-150

marc.hilgenfeld@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 089-551 78-268

volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2023